



der WELLENBRECHER

► Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg

7. Jahrgang / Ausgabe 41 - Nr. 3 / 2018

www.die-linke-nwm.de

DIE LINKE.
Kreisverband Nordwestmecklenburg

Der bunte Parteitag!

Bundesparteitag in Leipzig - ein subjektiver Bericht von Horst Krumpfen



Nun aber begab es sich zu jener Zeit, dass uns die Bundespartei nach Leipzig gebeten hat um einen Bundesparteitag zu veranstalten. Leider stellen wir aus unserem Landkreis nur noch zwei Delegierte, so hielt sich unser Einfluss auf den Verlauf des Parteitages inhaltlich leider in engen Grenzen. Die Organisation des Parteitages war wie gewohnt gut und die Stimmung zu Beginn des Wochenendes war eine Mischung aus erwartungsvoll und streitbereit.

Die Reden der beiden amtierenden Bundesvorsitzenden, die beide zur Wiederwahl antraten, waren ordentlich und kämpferisch. Der Streit um die Frage „Wie halten wir es mit den Flüchtlingen?“ hing unausgesprochen über Allem. Der Schwenk der Kameras durch die ersten Reihen unserer wichtigsten Vertreter bei den einzelnen Reden zeigte bereits deutlich die bestehenden Gräben. Sarah hielt sich mit Beifall bei den Reden von unseren Bundesvorsitzenden sehr zurück. Die anfangs nicht geführte Debatte um die Frage der Flüchtlingspolitik war spürbar auf dem gesamten Parteitag, geführt wurde diese dann erst am letzten Tag. Geführt wurde diese Debatte dann allerdings in einer Heftigkeit und in einer Form, die sicher nicht zu

dem zählt, was man landläufig unter Parteiwerbung versteht. Es war keine gute Parteitagsregie, dass Sarah am letzten Tag des Parteitages zum ersten mal die Gelegenheit zur Rede bekam. Nachdem die Debatte dann in der Aussprache deutliche Fronten zwischen den Führungspersönlichkeiten offenbarte, fanden sich am Ende mit Sarah, Bernd, Katja und Dietmar doch alle zusammen auf der Bühne ein, um eine Lösung in Aussicht zu stellen.

Der bestehende Konflikt in der Führungsriege zeigte sich bei vielen Debattenbeiträgen, aber auch bei den Wahlen zum Parteivorstand. Während Bernd und Katja zwar schlechter als bei der letzten Wahl abschnitten, kam es bei der Wahl des Bundesgeschäftsführers im ersten Wahlgang zu einer Patt-situation und erst im zweiten Wahlgang zu einem knappen Ergebnis für Jörg Schindler. Die stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurden durchweg mit ordentlichen Ergebnissen gewählt. Unsere Simone Oldenburg hat sich mit einer guten Rede und einem dementsprechenden Ergebnis klar positioniert. Die Zusammensetzung des Bundesvorstandes spiegelt im Wesentlichen die verschiedenen Flügel der Partei wieder.

Für die Zukunft der Arbeit wünsche ich mir einen stärkeren Zusammenhalt unseres Bundesvorstandes für unsere gemeinsamen Ziele. Ich wünsche mir eine stärkere Betonung des Themas soziale Gerechtigkeit, Rente, Hartz IV, Pflege, Gesundheit – alles Themen, bei denen wir ein klares Alleinstellungsmerkmal haben. Ich wünsche mir Parteitage, die positive Signale ins Land senden und den Menschen klar machen, wofür wir kämpfen und zwar einig und geschlossen. Das Thema Flüchtlingspolitik muss endlich einem Kompromiss zugeführt werden und die Parteiführung sollte lernen die Eigenständigkeit der Fraktion zu akzeptieren.

So waren es drei anstrengende intensive Tage mit langen Antragsberatungen, die leider wenig öffentlichen Anklang fanden, aber das war den oben geschilderten Auseinandersetzungen geschuldet. Insgesamt bin ich mit dem Gefühl gefahren, der Vorhang fällt und alle Fragen offen..., aber mit der Hoffnung auf eine fruchtbare konstruktive Arbeit in einer pluralistischen Partei und zwar miteinander und zum Wohle der Menschen in unserem Land.

Euer Delegierter Horst Krumpfen

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Die nächsten Veranstaltungen

Im Rahmen der interkulturellen Wochen lädt die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland zu einem Vortrag und Diskussion zum Thema „Welche Fairness besteht im Handel zwischen Europa und Afrika“ ein. Die Veranstaltung findet am Freitag, den 28. September um 20 Uhr in die Nikolaikirche statt. Der Referent Siegfried Schneider wird die unfairen Praktiken der EU im Namen des Freihandels entlarven, wodurch die afrikanischen Staaten auf Grund der geringeren Produktivität ihrer Wirtschaft extrem benachteiligt werden. Ein wichtiger Grund für die andauernden Fluchtbewegungen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung lädt am Mittwoch, den 24. Oktober 2018 gemeinsam mit dem DGB zum Austausch und zur Information über die Zukunft unserer Arbeitswelt um 19 Uhr ins Technologiezentrum am Holzhafen ein. Zum Thema „Industrie 4.0 – Was kommt auf die Beschäftigten zu“ hält Heiko Gröpler den Vortrag. Er ist als Abteilungsleiter für Arbeitsmarktpolitik des DGB Nord tätig. Die Moderation übernimmt der Vorsitzende unseres Kreisverbandes Horst Krumpfen.

„Sea-Watch – zivile Lebensretter unterwegs im Mittelmeer: eine Augenzeugin berichtet“ ist das Thema einer weiteren Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der Nordkirche. Sie findet am Freitag, den 16. November um 20 Uhr in der Nikolaikirche statt. Die Ärztin Dr. Carolin Möhrke berichtet aus ihrer Arbeit im Verein Sea-Watch e.V., der seit 2014 an der Rettung von über 35 000 Flüchtlingen beteiligt ist und sich aus Spenden finanziert. Sie lässt sich nicht davon abschrecken, dass in den öffentlichen Debatten der letzten Monate Seenotretter zu Kriminellen wurden.

Von Peter Vorbau

Für ein sozial gerechtes M-V Infostand mit Simone Oldenburg am Rathaus



Bei strahlendem Sonnenschein führten am frühen Nachmittag des 19. Juli 2018 Mitglieder des Kreisverbandes Nordwestmecklenburg am Wismarer Rathaus einen Infostand durch, unter ihnen Simone Oldenburg, Stellvertretende Vorsitzende des Bundesvorstandes und Vorsitzende der Landtagsfrak-

tion. Sie führten zahlreiche Gespräche mit den Passanten und verteilten Flyer sowie die Zeitung der Linksfraktion im Landtag. Oft stellten die Gesprächspartner die Frage: „Was macht ihr hier, es steht doch keine Wahl an?“ Bei den Bürgern präsent zu sein, gilt nicht nur für Wahlkampfzeiten.

Neuer Stadtvorstand in Wismar

Am 16.06.2018 wurde in Wismar ein neuer Stadtvorstand gewählt.

Unser Ziel ist, die Basisarbeit stärker zu aktivieren und die Außenwirkung zu verbessern. Wir müssen wieder als eine lebendige, aktive, wählbare Partei wahrgenommen werden und nicht nur bei Streitigkeiten in den Schlagzeilen stehen.

Auf der Wahlversammlung entfachte sich eine rege Diskussion über die Auswertung / Einschätzung des Parteitages, was deutlich machte, wie notwendig und wichtig eine offene und kritische Diskussion innerhalb der Basisorganisationen ist, die leider im Moment etwas zu kurz kommt. Dem wollen wir unter anderem entgegenwirken

durch die Einführung eines politischen Stammtisches für den gesamten Stadtverband – einmal im Quartal Gedanken- und Meinungsaustausch unter Genossen und Sympathisanten. Dabei soll das Büro in der Lübschen Straße zu einem Ort der Begegnung nicht nur für Parteimitglieder werden. Auf jeden Fall solange, bis wir geeignete Gastronomische Einrichtungen gefunden haben, wobei das Büro natürlich ein Ort der Begegnung bleiben soll. Dazu ist es auch möglich 1 Mal im Monat eine öffentliche Sprechstunde für Bürgerinnen und Bürger einzurichten, wo ein Vertreter des Stadtvorstandes Rede und Antwort steht. Am 01. September, dem Weltfriedenstag, werden wir am Rathaus einen Info-Stand zum



Der neue Stadtvorstand: Gabriele Sauerbier, Horst Lutz, Horst Krumpfen, Sabine Wolny, Harald Kothe (von links)

Thema „Abrüsten statt Aufrüsten“ durchführen. Weitere Aktionen sind geplant, wie das Friedensfest am 08.09.2018 in Wismar-Wendorf vor der Seebrücke. Wir laden herzlich ein zum Meinungsaustausch bei Bratwurst und Kaffee. Zur Verbesserung der Außenwirkung, wollen wir versuchen uns gemeinsam mit der Fraktion an passenden Veranstaltungen in Wismar zu beteiligen Bsp.: Fest der Demokratie am 15.09.2018, Ostermarsch in Wismar, Veranstaltung zum 1. Mai, Kranzniederlegung zum 8. Mai. Gemeinsam

wollen wir die Kommunalwahl 2019 gut vorbereiten, uns breit aufstellen. Daher beginnen wir bereits jetzt mit Genossinnen und Genossen sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten entsprechende Gespräche zu führen und werden zu einer offenen Gesprächsrunde Ende August einladen. Es gibt viel zu tun. Packen wir es an! Das wird nur gelingen, wenn wir alle zusammen wirken.

Ich hoffe auf eure aktive Unterstützung.

Sabine Wolny

Voller Einsatz für Radweg Schluss mit Angst auf der L 031



Der Europaradweg Hamburg-Rügen führt über Ventschow, Bibow und Warin. Aber einen Radweg gibt es dort nicht.

Radler müssen die überaus kurvenreiche, unübersichtliche Alleenstraße mit Leitplanken nutzen, die Landesstraße L 031. Urlauber und Einheimische, vor allem Kinder, sind stark gefährdet. Wohl jeder kennt das beängstigende Gefühl nicht zu wissen wohin, wenn sich große Fahrzeuge rasant nähern. Mehrere Ortsteile der Gemeinde Bibow liegen an dieser Landesstraße. Nur wenige Minuten bräuchte man von Ortsteil zu Ortsteil mit dem Rad oder auch zu Fuß, eigentlich. Da aber ein straßenbegleitender Weg fehlt, ist es viel zu unsicher. Warin ist Sitz der Naturparkverwaltung. Natur pur und die Idylle im Naturpark Sternberger Seenlandschaft sind ideal für Radtourismus. Aber ohne sichere Radinfrastruktur können diese Potentiale nicht gehoben werden.

Dabei gab es für den Radweg an der L 031 vor Jahren die Zusage auf Förderung durch den vorheri-

gen Verkehrsminister Volker Schlotmann. Dann wechselte der Minister, und die Prioritäten für das Lückenschlussprogramm für Radwege an Landesstraßen legen nun die Kreise fest. Scheinbar haben wir schlechte Karten mit der Randlage am südöstlichen Kreiszipfel und noch dazu im Binnenland.

Deshalb unterstützt die BO Warin die seit Jahren aktive Initiative Radweg L 031 um Barbara Reimer aus Bibow. Zuletzt am 9. Juli waren wir wieder bei einer Sternfahrt mit dem Rad dabei. Ziel war diesmal die Kirche in Bibow, wo weiter kräftig Unterschriften für den Radweg gesammelt wurden und sich alle austauschen und stärken konnten. Teil nahmen wieder sowohl Kinder als auch Hochbetagte. Mit immer wiederkehrenden Aktionen setzen wir uns mit für diesen Radweg ein! Der Ländliche Raum im Binnenland muss auch eine Chance für Entwicklung haben. Und vor allem darf die Angst nicht weiter mitfahren.

Von Ute Spriewald, Warin

Der lange Schatten des Wahlkampfes 2019

Am 27. Juni trafen sich die Fraktionsvorsitzenden und BO Vorsitzenden und einige „Einzelkämpfer“ aus unseren kommunalen Vertretungen in Grevesmühlen um über die ersten Schritte zur Kommunalwahl 2019 zu beraten.

Der Tag ist sicher vielen in Erinnerung, weil Deutschland an diesem Tag die Fußball WM beendet hat und vielleicht nicht in erster Linie wegen dieses Treffens. Die Beteiligung stimmte uns mit rund 20 Anwesenden doch ganz hoffnungsvoll. Der Kreisverband NWM steht wie bei allen Kommunalwahlen vor der organisatorischen Herausforderung eine Liste zur Kreistagswahl aufzustellen und eine ganze Reihe von Listen zu kommunalen Vertretungen. Dazu haben wir uns auf folgenden Zeitplan verständigt:

Bis 31. August – Meldung an den Kreisgeschäftsführer für die AG Wahlen (Ziel ist es, alle BO dabei zu haben und alle die sich engagieren wollen)

Bis 31.10.2018 wollen wir alle

Listen aufgestellt haben, die wir in den Basisorganisationen oder auf der Ebene einer Stadt oder Amtsebene aufstellen können.

Bis 30.11.2018 wollen wir die Kreistagsliste und alle jene Listen aufgestellt haben, die dann noch aufzustellen sind. Wahltermin ist voraussichtlich der 26. Mai 2019

Wir haben bei dieser Runde auch die bestehenden und nicht wegzudiskutierenden Problemchen besprochen, die wir mit diesen Listenaufstellungen haben. Klar ist aber auch, wir als LINKE müssen jetzt raus, um auch Menschen für unsere Politik zu begeistern und ggf. für Kandidaturen zu gewinnen, die nicht Mitglied der Partei sind aber inhaltlich politisch so „ticken“, wie wir. Dazu haben wir einen Flyer der Landespartei, den wir ggf. auch noch auf eure BO zuschneiden und anbieten können – einfach mal bei Horst oder Mario nachfragen.

Wir waren uns einig, dass wir jetzt jede Gelegenheit nutzen müssen, um den Menschen unsere politischen Alternativen anzubieten,

von kostenlosem ÖPNV, über Straßenausbaubeiträge bis hin zum Problem der Digitalisierung und des Ärztemangels. Wir diskutieren aktuell unsere Leitlinien zur Kommunalpolitik, da darf sich auch jetzt noch jeder einmischen. Aus diesem Papier werden wir dann unsere kommunalen Wahlprogramme ableiten und damit den Menschen klar machen, wenn es bei dieser Kommunalwahl eine Alternative gibt – dann ist es DIE LINKE!

Der Kreisvorstand und alle engagierten Basisorganisationen und unsere Fraktionen, MandatsträgerInnen und KandidatInnen freuen sich trotz der aktuellen Hitzewelle auf einen heißen Wahlkampf. Insofern kann doch aktuell der Schatten der Wahl gar nicht lang genug sein. In diesem Sinne mischen wir uns gemeinsam ein in die Kommunalpolitik, denn da geht es um Ideen zum Wohle der Menschen - nicht um Ideologien.

Von Horst Krumpen

Kommunalwahlen 2019

Von Karl-Heinz Bethke

Die Beratung mit Björn Griese und Horst Krumpen zur langfristigen Vorbereitung der Kommunalwahlen 2019 war für uns in der BO Lübstorf-Altmeteln Ausgangspunkt für die Überlegung, wie bereiten wir die Wahlen vor. Angesichts des relativ hohen Altersdurchschnitts der BO Mitglieder können nur wenige von uns selbst als Kandidaten aktiv werden. Im ersten Schritt sprechen wir mit den bisher gewählten Gemeindevertretern und Mitgliedern von Ausschüssen, um sie erneut für die Kandidatur für die Linke zu gewinnen.

Dann werden wir gezielt Bürger ansprechen, die sich im Sinne sozialer Gerechtigkeit einbringen wollen, sich mit unseren Grundsätzen identifizieren und ihnen die Flyer „Die LINKE. bringt Dich auf den Stimmzettel“ überreichen. Für uns ist wichtig, mit den Leuten zu sprechen und die Bedingungen der offenen Liste der LINKEN zu erläutern. Man muss nicht Mitglied der LINKEN sein, darf aber auch nicht einer anderen Partei angehören. Die LINKE. Mecklenburg-Vorpommern beschließt im Oktober 2018 ihre kommunalpolitischen Leitlinien, als Unterstützung für die Wahlprogramme in den Kreisen und Gemeinden. Die spezifischen Probleme in den Gemeinden sind aber vor Ort zu erfassen und werden mit Hilfe des Kreisverbandes NWM in Kandidatenflyer auf den Punkt gebracht. Diese Flyer müssen erstellt, bezahlt und verteilt werden. Die notwendige Unterstützung durch Spenden oder Hilfe bei der Verteilung wollen wir auch gleich mit ansprechen. Natürlich können wir nicht den Einzug in eine Kommunalvertretung garantieren. Die Kandidaten mit den meisten Stimmen kommen in die Gemeindevertretung. Die Anzahl bestimmt das Gesamtergebnis aller Stimmen für die Liste.

Auch Neueinsteiger wollen wir ermutigen. Die LINKE. übernimmt alle Formalien zur Einreichung der Kandidatur und bietet die Möglichkeit für Informationen zur praktischen Kommunalpolitik in Schulungen und Weiterbildungen.

Vorgezogener Wahlkampf durch CDU und SPD



Eigentlich ging es uns im Frühjahr im Kreistag darum, eine geordnete und transparente Debatte zum Doppelhaushalt 2019/20 anzuschieben, als wir in einem Antrag die Kreisverwaltung nach ihren Vorstellungen zur Haushaltsdiskussion fragten: Hat sich der Doppelhaushalt bewährt? Wären zwei Lesungen zum Haushalt denkbar?

Und wann und wie bringen die Fraktionen ihre Vorstellungen/Wünsche ein, damit es am Ende nicht wieder heißt, es gäbe keine Finanzierungsquelle bzw. die Landrätin stellt schon langfristig eine Kreisumlagenhöhe in die Öffentlichkeit und der Kreistag ist am Ende nur noch der „Abnicker“,

obwohl ihm die Haushaltshoheit obliegt. Leider mussten wir dahingehend in den letzten Jahren schlechte Erfahrungen mit der Landrätin sammeln.

Die Kreistagsmehrheit hatte aus unserem Antrag eine recht unverbindliche Selbstverpflichtung gemacht, die Fraktionsvorschläge zum Haushalt bereits bis Mitte des Jahres einzureichen. Dabei wurden die Rahmenbedingungen nicht geklärt, sodass die CDU bereits im letzten Kreistag einen Antrag einbrachte, der stattliche Summen für unsere Kreisstraßen und auch die Unterstützung der Feuerwehren in den Gemeinden vorsah.

Wie man unter der Hand erfuhr, brachte auch die SPD nur zehn Minuten später und damit fünf Minuten vor Antragschluss ebenfalls einen Antrag zu Haushalts Eckpunkten ein – ein Schelm, der Böses dabei denkt ...

Beide Vorlagen rochen verdächtig nach vorgezogenem Wahlkampf und die Mehrheit im Kreistag war sich einig, dass die transparente Debatte über die Haushaltseckpunkte anders gedacht war. So

wurden beide Anträge in den Finanzausschuss verwiesen und sollen nach der Befassung dort erneut in den Kreistag – hoffentlich zusammen mit allen weiteren Vorschlägen. Aber wie das mit so unkonkreten Selbstverpflichtungen ist: Natürlich können Änderungsanträge zum Haushalt auch erst bei dessen Beschlussfassung gestellt werden. Mal sehen, wer dann wieder Wahlkampf macht!?

Wir als LINKE werden natürlich wieder im Sinne von sozialer Gerechtigkeit Anträge stellen. Genannt seien hier z.B. die Personalausstattung im Sozialpädagogischen Dienst, die Kinderbetreuung bzw. Ausstattung der Kitas, der Bereich Übergang Schule/Beruf, eine kostenfreie Beförderung von Azubis zur Berufsschule aber auch die vernünftige Ausstattung der Wirtschaftsförderung im Kreis. Denn wir wollen weiterhin eine LINKE für den Alltag sein und nicht nur für Wahltage!

*Björn Griese
Fraktionsvorsitzender*

9. Sommerfest GDB

+++ 9. Linke Sommerfest in Gadebusch ist vorbei +++ wir bedanken uns bei allen großen und kleinen Helferinnen und Helfern +++ besonderen Dank an die Frauen vom Arbeitslosenverband für die tolle Tombola +++ an Manuele Janchick und Siegfried Schulz von der Roggendorfer Schützenzunft für die Organisation des



Bogenschießen +++ Jochen Sabban für die Gestaltung des kulturellen Teils +++ an Simone Oldenburg und Horst Krumpen, weil Sie da waren und für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar waren +++ dem Team der Museumsanlage für die großartige Unterstützung +++ einen besonderen Dank an die Tageszeitung Neues Deutschland für die Bereitstellung von 3 tollen Preisen, Print und Digital Abo für 4 Wochen und 2 Digital Abos für 6 Monate +++



einen großen Dank an die vielen Gadebuscher, die zusammen mit uns gefeiert haben +++ wir freuen uns schon auf das 10. linke Gadebuscher Sommerfest, dass ihm Jahr 2019 ein Frühlingsfest sein wird +++

Von Thomas Konieczny

DREI FRAGEN – DREI ANTWORTEN: Helmut Scholz zum Wahlrecht für das europäische Parlament

F.: In der kommenden Woche stimmt das Europäische Parlament über eine Reform des EU Wahlrechts ab - knapp ein Jahr vor den nächsten Europawahlen. Ist das zu früh oder zu spät?

A.: Es ist deutlich zu spät. Denn die neuen Regelungen müssen ja auch noch fristgerecht in die jeweilige nationale Wahlgesetzgebung überführt werden. Allerdings wurde der Vorschlag des Europäischen Parlaments zur Wahlrechtsreform seit 2015 vom Rat der EU, in dem die Vertreter der Regierungen zusammensitzen, komplett blockiert. In diesem Vorschlag ging es unter anderem um die Frage der "europäischen Listen", auf der Kandidat*innen länderübergreifend antreten können, um Spitzenkandidat*innen der Europäischen Parteien, um diesen auch „ein Gesicht“ zu geben, um Geschlechtergerechtigkeit oder die Sichtbarkeit der Zugehörigkeit von nationalen Parteien zu Europäischen Politischen Parteien, beispielsweise über Namen und Logos.

F.: Nun hat der Rat der Mitgliedstaaten eine Änderung des Europäischen Wahlrechts bereits beschlossen. Sind Sie damit zufrieden?

A.: Wenn man meint, die Ratsvorlage sei inhaltlich dünn, wäre das wohl extrem nahe an Lobhudelei. Denn praktisch haben die Regierungsvertreter*innen von den Vorschlägen des EU-Parlaments kaum etwas übrig gelassen. Während das Parlament den Ansatz gewählt hatte, Ansätze und Normen einer Wahlrechtsreform vorzugeben, die die Mitgliedsstaaten umsetzen sollten, folgte das Ratsdokument leider dem umgekehrten Ansatz. Ausgangspunkt ist der Ist-Zustand des jeweiligen Verfassungsrahmens des jeweiligen Staates und man räumt im besten Falle den Mitgliedern die Möglichkeit ein, anders zu agieren. Mit einer wirklichen Reform hat das nichts zu tun. Der längst überfällige Schritt in Richtung einer wirklichen transparenten und alle EU-Bürger*Innen einladenden europäischen Wahlgesetzgebung ist wieder vertan worden. Aus Angst vor jeweiligen Machtverlusten politischer Parteien auf nationaler Ebene, die aber eh im Rat die EU-

Politik dominant bestimmen. Die Bürger*Innenvertretung in der EU, das Europäische Parlament, soll nicht stärker befähigt werden gemeinschaftliche Lösungsansätze gegenüber einzelnen Mitgliedstaaten gesetzgeberisch zu formulieren. Gleich ganz aus dem Ratsdokument sind die Forderungen nach Spitzenkandidaten der Europäischen Politischen Parteien für den Kommissionsvorsitz, die Einrichtung eines einzigen Wahlkreises EU im Kontext mit der Wahl für paneuropäische Listen, die von den Spitzenkandidaten angeführt werden sollen, und die Verbindlichkeit eines demokratischen

Es wird der alte Ansatz bekräftigt, dass die Mitgliedsstaaten national eine Hürde festlegen können, die nicht größer als fünf Prozent sein sollte. Dieser Ansatz wird jetzt ergänzt um die verbindliche Regelung, dass die Mitgliedsländer, die ein Listenwahlrecht haben und zugleich Wahlkreise, in denen mehr als 35 Abgeordnete gewählt werden, eine Hürde einführen müssen. Diese Hürde soll nach Beschlusslage des EU-Rates nicht kleiner als zwei und nicht höher als fünf Prozent sein. Letztlich geht es nicht um die „technischen Details“ dieser Hürde, sondern es ist offensichtlich, dass die EU und

das Europawahlrecht für parteipolitisches Kalkül instrumentalisiert werden sollen. Es war vor allem Deutschland, das auf eine Hürde gedrängt hatte. Wie auch im EP deutsche Abgeordnete von CDU/CSU und SPD. Im Februar 2014, kurz vor der letzten Europawahl, hatte das Bundesverfassungsgericht die Sperrklausel für die Wahl zum Europaparlament gekippt; auch die LINKE hatte diese Entscheidung ausdrücklich begrüßt. Bekannt ist, dass sich gerade Union und SPD von einer angestrebten 2-Prozent-



Hürde in der Bundesrepublik versprechen, zwar noch CSU-Abgeordnete „nach Europa“ zu bringen, die Vertreter*innen kleinerer Parteien aber außen vor zu lassen. Der Einzug der AfD in den Bundestag und die damit einhergehende Veränderung der Parteienlandschaft auch in Deutschland macht doch erst recht so demokratisch wie mögliche Zugänge zur Willensbildung auch in der repräsentativen Demokratie notwendig. Ich finde, dass jetzt im EU-Ratsdokument "von oben" definierte Ansinnen widerspricht der Europäischen Idee und erweist der von nahezu allen Parteien erhobenen Forderung nach mehr Demokratie in Europa einen Bärendienst.

F.: Ging es bei dem Ratsdokument auch um die Prozenthürden bei den Europawahlen?

A.: Die Hürde ist in einer leicht modifizierten Variante enthalten.

Mecklenburg-Vorpommern auf gutem Weg, Frau Schwesig?

Ein Jahr Manuela Schwesig und im Landtag sollte gefeiert und gejubelt werden. Die SPD beantragte die „Aktuelle Stunde“ und wollte sich bescheinigen, dass sie bei der Kita, der Sicherheit, der Wirtschaft und dem Theater auf gutem Wege sei.

Unsererseits blieb der Jubel aus, denn was meint die SPD mit „auf gutem Weg“? „Auf gutem Weg“ in einem dünn besiedelten, strukturschwachen ländlichen Raum. Was heißt das nun konkret für Mecklenburg-Vorpommern?

Meint die SPD-Fraktion damit etwa die Petersdorfer Brücke oder die Staus vor und auf Usedom? Vielleicht aber auch den EINEN Bus, der einmal am Tag fährt, aber natürlich nicht in der Ferienzeit oder sind die stillgelegte Südbahn oder die Darßbahn ohne Gleise gemeint? Oder ist haben sie die A 20 bei Tribsees, die Internetverbindungen, die in Vorpommern nach einer WhatsApp bereits den Geist aufgeben oder die Telefonate auf Maisfeldern in der Hoffnung, die Stängel als Funkmasten zu



Simone Oldenburg (DIE LINKE)

nutzen, vor Augen?

Wirtschaft, Kita, Theater, Sicherheit – das sind - anders als bei dem Überraschungs-Ei eines bekannten Süßwarenherstellers nicht nur drei, sondern sogar vier Dinge auf einmal. Das nenne ich mal einen Abwasch. Warum nun aber vier Themen, warum dieses Sammelsurium? Ich glaube, es ist diese hübsche Aufzählung geworden, weil keines dieser Themen, selbst mit Hängen und Würgen, noch 10 Minuten in der Aktuellen Stunde gefüllt hätte. Denn die Elternentlastung wurde ca. 300 Mal ange-

kündigt, verschoben, versprochen – da kommt selbst die Koalition an ihre Grenzen, daraus ein 10-Minuten-Programm zu stricken. Die Theaterreform ähnelt einem Labyrinth und ist an Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten – da darf man sich auch nicht so lange aufhalten, wenn man den eigenen Minister damit auch noch vorführt. Die Wege der Sicherheit sind fast unergründlich – und ich denke, dass niemand mehr weiß, welche Anzahl an Polizistinnen und Polizisten, die tatsächlich neu eingestellt werden, noch zusammenkommt. Ja und allein die „Aktuelle

Stunde“ mit dem Einbruch der Übernachtungszahlen, mit den tausenden offenen Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie der viel zu geringen Tarifbindung im Lohnkeller Mecklenburg-Vorpommern zu füllen, das ist einfach keine Erfolgsmeldung, also wird es mit untergejubelt.

Der Kurs der Landesregierung führt Mecklenburg-Vorpommern derzeit über Umwege und Sackgassen. Er führt Mecklenburg-Vorpommern auf Abwege. Das mögen SPD und CDU feiern. Aber wir sind bei der Party nicht dabei. Wir sind weiter auf unserem Weg zu einem Leben mit mehr sozialer Gerechtigkeit, für eine kostenlose Bildung, für kostenlose Schüler- und Auszubildendenbeförderung, für einen sozialen Wohnungsbau und Mieten, die sich jeder leisten kann, und für Löhne, die tatsächlich vor Armut schützen.

Wir wollen ein sozial gerechtes Leben – für alle.

Sie hätten doch auch Jesus mit einem Lächeln abgeschoben

Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzer DIE LINKE im Bundestag am 04.07.2018



Der Asylstreit, der das Land in den Tagen vor der Sommerpause, kurz vor Beginn der Fußball-WM in Russland in Atem hielt, war in der Sache unerträglich und im Ton stellenweise unfassbar. Die Union zeigte sich von ihrer schlechtesten Seite.

Die letzte Plenarwoche vor der Sommerpause stand neben dem Streit zwischen Angela Merkel und Horst Seehofer auch im Zeichen des Haushalts. Teil dieser Haushaltswoche ist die so genannte Elefanten-Runde, in der die Kanzlerin redet und dann die Fraktionsvorsitzenden umfassend antworten können. „Generalabrech-

nung mit der Politik der Kanzlerin“ titeln die Medien anschließend oft. Angesichts der Umstände war das bitter notwendig. Vor allem eine Auseinandersetzung mit der Union und Horst Seehofer, der mit seiner CSU in Panik vor den bayerischen Landtagswahlen ist.

Sein Masterplan ist ein Sammelsurium meist längst bekannter Vorschläge, die CSU tanzt um ihren Globus, der nur noch Bayern zeigt. Die Regierung war die letzte Zeit eine Chaotruppe und hat dem Land Schaden zugefügt. Dabei gibt es so viel zu tun: Kampf gegen Kinderarmut und Armut im

Alter, Steuergerechtigkeit herstellen, Bekämpfen von Fluchtursachen ...

Statt dass die CSU sich für nationale Lösungen einsetzt, wenn es um die Erhöhung des Mindestlohns oder des Rentenniveaus geht, will sie Abschottung und Abschiebungen. Sie hätte auch Jesus mit einem Lächeln abgeschoben. Deswegen muss die Union ab und an erinnert werden, was ihre christlichen Werte sind und deswegen habe ich in meiner Rede Jesaja 58 zitiert: "Brich dem Hungrigen dein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus!"

Der ehemalige CSU-Minister und renommierte Politikwissenschaftler Hans Maier meint sogar: „Begriffe wie Nächstenliebe, Barmherzigkeit, die hört man ja heute nur noch von der Linken.“ Stimmt, wenn Linke die Bibel bemühen, um die Union an ihre christlichen Wurzeln zu erinnern, dann sind die Zeiten ernst.

Etwas Lyrik

Janina Niemann-Rich

Trash TV

Im Blätterwald der Sensation erwartet dich nur Spott und Hohn drum bleib bei deinen Leisten Schuster sonst wird es für dich zappenduster



Jürgen Riedel

Tafeln klagen an

Bundesregierungen tischen Lüge vom Sozialstaat auf sind mitverantwortlich für versalzene Armut



Wer oder was waren nochmal die Weißhelme? Plötzlich ist es sehr still geworden um diese ‚selbstlosen Retter‘

Letzte Informationen durch unsere unabhängigen Qualitätsmedien vom 22. und 23.07.2018 besagen, dass hunderte Mitglieder der Weißhelme mit ihren Familien durch Israel, nach Aufforderung durch die USA, Großbritannien, Kanada und weitere EU-Staaten, in Sicherheit gebracht wurden. (Tagesschau vom 22.07.2018).

Sie sind über Israel nach Jordanien gebracht worden, bevor sie dann in den Westen weiterreisen können. Deutschland will laut Innenministerium 8 Familien aufnehmen. Das war eine erste Meldung aus dem Hause Seehofer, die nicht von Rückführung, Ausweisung und Transitzentren berichtete.

Nach Aussage des Israelischen Premierministers seien die über 400 Familien in Lebensgefahr gewesen. Leider gab es keine Information, warum und durch wen diese ‚Selbstlosen Lebensretter‘ und deren Familien jetzt derartig in Gefahr geraten sind. Auch ist unklar, warum die Geretteten 3 Monate in Jordanien verbringen sollen, bevor sie weiterreisen können. Hinweise, ob die in Syrien verbliebenen ca. 2000 Weißhelme mit ihren Familien ihrem Schicksal überlassen werden oder ob diese unter strengster Geheimhaltung ebenfalls, scheinbar ohne formales Asylverfahren, in westliche Staaten aufgenommen werden sollen, wurden bisher nicht bekannt.

In den Medien sind die mit dem alternativen Friedensnobelpreis und weiteren Auszeichnungen geehrten Weißhelme nicht mehr präsent. Wo sind sie nur geblieben?

Bis vor kurzem waren die Wackelvideos und gut ausgeleuchteten Fotos der Weißhelme, neben der Informationen der ‚Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte‘ immer wieder durch ARD und ZDF sowie der anderen elektronischen- und Printmedien als Beweis für das ‚menschenerachtende und völkerrechtswidrige‘ Verhalten der Syrischen Regierung und ihrer russischen Unterstützer angeführt. Seltsamer Weise sind die Verbrechen des IS und der vielen anderen ‚Rebellengruppen‘ nicht von diesen Organisationen dokumentiert

worden. Im Internet kursieren eher Aufnahmen, in denen die Weißhelme sich mit diesen Gruppen verbündeten und mit ihnen gemeinsam Rettungsaktionen inszeniert haben.

So stellt sich doch die Frage, wer sind denn die Weißhelme?

Die Organisation wurde Anfang 2013 von James Le Mesurier, einem früheren Nachrichtendien-

dabei, um erste Wundversorgung vorzunehmen. Nicht einmal Wasserflaschen nehmen die Truppen mit, um Verschütteten vor, während und nach ihrer Rettung mit Getränken zu versorgen, Wunden zu reinigen oder Schwellungen zu kühlen. Die Aktionen der Retter war in jeder Phase der Videos mehr als fragwürdig und erhärten den begründeten Verdacht, dass es

sich um Inszenierungen zur Kriegspropaganda handelt. Der Transport von Kindern, die auf den Armen der Helfer durchgeschüttelt werden machte mir beim Betrachten Angst. Das hält kein verletztes Kind aus.

Fragwürdig erscheint mir auch immer wieder die Ausstrahlung dieser Videos durch ARD, ZDF und den anderen Medien. Verletzte aus Verkehrsunfällen, Naturkatastrophen und ähnlichem werden nicht oder nur verfremdet gezeigt. Warum im Falle der Weißhelme anders gehandelt wurde, lässt nur einen Schluss zu, das hier besonders die Emotionen der Zuschauer angesprochen werden sollen. Das erklärt auch die überwiegende Darstellung mit Kindern.

Da stellt sich die Frage, wie die Ausbildung, die nach Aussage der Bundesregierung in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der LINKS-Fraktion dargelegt, auch von deutschem Steuergeld finanziert wurde, gewirkt hat. In der Antwort heißt es u.a.: „...die Bundesregierung hat ...mit insgesamt 12 Mio. Euro... zum Zwecke der Ausbildung und Ausrüstung die Weißhelme unterstützt“. Im weiteren wird die Aufwendung von 190.000 € für Helmkameras dargestellt und damit begründet, dass die Rettungsaktionen dokumentiert werden sollen. Zu welchem Zweck wird leider nicht verraten.

Aus all diesen Tatsachen kann nur die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die Weißhelme nur zum Zwecke der Kriegspropaganda gegründet und unterstützt wurden. Sie waren weder neutral noch unabhängig. Sowohl die Bundesregierung als auch die überwiegende Mehrzahl der Medien sind dieser Kriegspropaganda gefolgt und haben diese offensiv vertreten (siehe Kasten – Zieldefinition Menschenrechtsverletzungen und möglichen Kriegsverbrechen, die insbesondere auch durch das syrische Regime verübt werden).

Von Uwe Boldt



Vom Westen finanzierte Weißhelme retten gleiches Mädchen an drei verschiedenen Orten

Quelle: <https://www.mimikama.at>

stoffizier der britischen Armee und privaten Sicherheitsberater gegründet. Finanziert durch die USA, Kanada, Neuseeland und einige EU-Staaten.

Bisher habe ich noch keine Hilfsorganisation gesehen, die so unverschämt offen die Persönlichkeitsrechte von Kriegsoffern zu politischer Propaganda missbraucht wie die der Weißhelme. Sowohl Kinder als auch Erwachsene werden vorgeführt, werden in ihrer Leidenssituation (ob echt oder inszeniert) fotografiert und gefilmt, statt sie medizinisch zu versorgen, sie zu reinigen und zu beruhigen.

Überhaupt fällt auf, dass die Uniformen und die Helme immer akkurat sauber und ordentlich aussehen kein Fleck, kein Riss, nicht einmal eine Schramme am Helm ist sichtbar. Die Verletzten haben auch nie offene Wunden, sondern sind nur mit angetrockneten rotbraunen Flecken auf Kleidung und Körper zu sehen. Und das alles im Kriegsgebiet, wo nach Aussage unseres Außenministers kein anderer mehr hingeht. Leider haben die vielen, häufig sehr unkoordiniert umher laufenden „Helfer“ keine Sanitätsausrüstung

Bundestagsdrucksache 19/2946 (kleine Anfrage LINKS-Fraktion)

Vorbemerkung der Bundesregierung Der Syrische Zivilschutz (Syria Civil Defence) ist eine unparteiliche und neutrale Nichtregierungsorganisation, die im Kontext des syrischen Bürgerkriegs wichtige Soforthilfe leistet und sich humanitären Prinzipien verpflichtet hat. Die Organisation führt Bergungseinsätze und Maßnahmen der Ersten Hilfe nach Luftangriffen und Raketenbeschuss durch, um – unabhängig von religiöser, ethnischer oder politischer Zugehörigkeit der Opfer – Leben zu retten. Darüber hinaus hilft die Organisation, zerstörte Infrastruktur in Stand zu setzen, um eine Versorgung mit Basisdienstleistungen für die syrische Zivilbevölkerung zu ermöglichen. Durch ihre Einsätze wird die Organisation Zeuge von systematischen Menschenrechtsverletzungen und möglichen Kriegsverbrechen, die insbesondere auch durch das syrische Regime verübt werden.



**Linke Woche der Zukunft
13. bis 16. September 2018**

Abrüsten statt Aufrüsten

Infostand zum Antikriegstag am 01. September in Wismar

Im November 2017 wendete sich ein breites gesellschaftliches Bündnis mit einem dringenden Abrüstungsauftrag an die Öffentlichkeit.

Zu den Aufrufern zählen Gewerkschafter, Vertreter der Umweltbewegung, Wissenschaftler, Künstler, Politiker aus der SPD, der Linken und den Grünen sowie Aktivisten der Friedensbewegung. Sie fordern in Sorge um die künftige Entwicklung unseres Landes von der Bundesregierung: „Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde“. In dem Aufruf heißt es: „Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf 2 % der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es

in der NATO vereinbart. Zwei Prozent, das sind mindestens 30 Mrd. Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen, und Kitas,



sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.“ Wir brauchen mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Eine andere Politik muss her: Spannungen abbauen, gegenseitig Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Dieser Aufruf findet in der Bevölkerung eine breite Unterstützung, bis zum 10.08.2018 haben ihn über 70 000 Bürger unterschrieben. Mitglieder des Stadtverbandes DIE LINKE Wismar wollen am Sonnabend, dem 01. September 2018 von 10 bis 12 Uhr am Rathaus an einem Infostand mit den Bürgern ins Gespräch kommen und um weitere Unterschriften werben. Grund genug gibt es, gegen die Aufrüstungsspirale in der Welt

und in Deutschland zu protestieren. Statt mehr Geld in die Lösung der großen globalen Probleme wie Armut und Klimawandel zu stecken, wurden 2017 unfassbare 1,4 Billionen Euro weltweit für die Rüstung ausgegeben. Und die Bundesregierung plant für den Haushalt 2019 Militärausgaben von 42,9 Mrd. Das ist eine Steigerung um über 11 %.

Wir wollen zum Antikriegstag am 01. September für Abrüstung eintreten. Aufrüstung bringt keine Sicherheit und keinen Frieden. Aufrüstung heizt internationale Konflikte weiter an. Waffen, die entwickelt werden, kommen auch zur Anwendung. Deshalb Schluss damit!

Der Text des Aufrufs „Abrüsten statt Aufrüsten“ und Unterschriftenlisten unter:
www.abruesten.jetzt

Peter Vorbau

Die neue linke Sammlungsbewegung Standpunkt von Karl-Heinz Bethke

Am 4. August öffnete unter www.aufstehen.de im Internet ein Portal, initiiert von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine, zur Vorbereitung einer außerparlamentarischen Bewegung zu brennenden sozialen Themen in Deutschland. Ziel ist eine neue linke Sammlungsbewegung, die andere politische Mehrheiten ermöglicht und Deutschland zu einer neuen Regierung mit sozialer Agenda verhilft. Am 04.09.2018 erfolgt der Start der Aktion.

Die Erfolge populistischer Rechtsparteien in Europa, der Aufrüstungswahn und ein Trump in den USA erfordern neue Überlegungen und Strategien. In der Hinsicht kann ich Sahra Wagenknecht nur zustimmen, als sie sagte: „ Wenn der Druck groß genug ist, werden die anderen Parteien auch im Eigeninteresse, ihre Listen für unsere Ideen und Mitstreiter öffnen.“ Erste Unterstützer wie Sevim Dagdelen (Linke), Marco Bülow (SPD) und Antje Vollmer (Grüne) meldeten sich schon zu Wort. Auch ihnen liegt die Erneuerung des Sozialstaates am Herzen.

Im Portal „aufstehen“ stellen Bürger unterschiedlichster Berufe ihre Sorgen mit dem Sozialstaat dar. Handlungsfelder für die Politik in den nächsten Jahren, um die Kluft zwischen arm und reich nicht noch größer werden zu lassen. Allein wird es die Linke mit ihren 9-10 % Stimmenanteil nicht schaffen. Deswegen verstehe ich auch nicht die Distanzierung unseres Parteivorsitzenden Bernd Riexinger von der Sammlungsbewegung. Für ihn gibt es mit der Linken keine logistischen Verknüpfungen.

Es kann doch nicht verkehrt sein, diejenigen anzusprechen, die von der jetzigen Politik enttäuscht sind und sich mehr soziale Gerechtigkeit und eine friedliche Außenpolitik wünschen. Allein die geplante Erhöhung des Wehretats um 4,38 Milliarden Euro (plus 11,36%) auf 42,9 Milliarden Euro für 2019 ist ein Signal, diese Entwicklung unbedingt zu stoppen. Gelder, die für soziale Projekte im Land fehlen.

Aufstehen? ... oder was?

Ein paar persönliche Gedanken zur neuen Bewegung

Liebe Genossinnen und Genossen, seit wenigen Tagen gibt es eine Bewegung, die unter dem Namen aufstehen von Sahra Wagenknecht, Oskar Lafontaine und anderen Politikern aus Grünen und Linken dazu aufruft linke Kräfte zu sammeln. Laut den Anmeldungen im Netz sind es schon fast 100.000, die dort dabei sein wollen. Wir alle wissen Klicks und Anmeldungen im Netz ohne Verpflichtung – können zu Aktivitäten führen ... müssen aber nicht.

Um es gleich zu sagen, ich sehe diese Bewegung eher kritisch, lasse mich aber auch gerne eines Besseren belehren. Für mich werfen sich einfach Fragen auf, die ich als nicht beantwortet ansehe. Ich möchte auch einige meiner Fragen zum Nachdenken und Diskutieren mitteilen:

Wer bestimmt in unserem Land die Politik? Laut GG nur die Parteien. Eine Bewegung initiiert von aktiven und ehemaligen führenden Politikern aus unterschiedlichen Parteien will etwas verändern – gut so. Wen wird denn ein solches Bündnis am Ende zu einer Wahl empfehlen? Ist es nicht ein Widerspruch Teil einer Bewegung zu sein, die inhaltlich möglicherweise andere Inhalte vertritt als die Partei, der viele Akteure angehören?

Hat nicht auch die „Bewegung“ von der „anderen Richtung“ – zur Umsetzung der politischen Inhalt am Ende als Arm eine Partei mit Sitzen im Parlament?

Viele der angemeldeten sind auch

Mitglieder in Parteien, warum setzen sie ihre jeweiligen Parteien nicht in Bewegung? Wie soll eine solche Bewegung finanziert und strukturiert werden? Was unterscheidet sie dann noch von einer Partei? Das sind nur einige der vielen Fragen zu der Bewegung, die sich aus meiner Sicht aufdrängen.

Ich erlaube mir auch den Hinweis: Was bringt es Menschen zu sammeln, möglicherweise hinter einer Idee, wenn es am Ende an der politischen Durchsetzung in den Parlamenten fehlt? Haben die „Beweger“ diese Menschen dann möglicherweise in eine Sackgasse der Demokratie und damit möglicherweise zu noch mehr „Frust“ geführt?

Warten wir ab was daraus wird, ich bleibe kritisch, hinterfragend aber fair im Umgang. Ich bitte auch alle um einen fairen und respektvollen Umgang miteinander. Die derzeit im Netz laufende Debatte ist davon leider weit entfernt. Wir sind eine pluralistische Partei, lassen wir nicht zu, dass die Debatte um die Bewegung uns auseinanderdividiert. Vergessen wir nicht, die Idee einer anderen sozialen, sozialistischen Welt ist es die uns eint.

Ich wünsche unserem Kreisverband zu diesem Thema eine faire solidarische Debatte die das Gemeinsame im Blick hat.

Euer Horst Krumpfen, Kreisvorsitzender, mit seiner ganz persönlichen Meinung!

#aufstehen

DIE SAMMLUNGSBEWEGUNG

Ausstellungen in Trier

200 Jahre Karl Marx



Von Karl-Heinz Bethke

Gelehrter, Revolutionär, Journalist oder Kommunist? Über kaum eine andere bekannte Persönlichkeit des 19. Jahrhunderts wird so gestritten wie über Karl Marx.

Wer war Karl Marx wirklich? Wie können seine Ideen aus heutiger Sicht verstanden werden. So verbrachte ich 4 Tage in seiner Geburtsstadt Trier und besuchte die 3 größten Ausstellungsstandorte.

Im Rheinischen Landesmuseum wurde unter dem Thema „Leben. Werk. Zeit“ auf rund 1000 m² Ausstellungsfläche der intellektuelle wie politische Werdegang nachgezeichnet. Mit der Vorstellung der wichtigsten Werke, dem Kommunistischen Manifest (1848) und dem Kapital (1867) betrachtet die Ausstellung auch die Zeit ihres Entstehens - das 19. Jahrhundert, ein Zeitalter enormer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umbrüche in Europa. Überrascht war ich vom umfassenden technischen Wissen und seiner Teilhabe an wesentlichen wissenschaftlichen Themen seiner Zeit. Nur so konnte er das sich entwickelnde kapitalistische System gründlich analysieren.

Unter dem Titel „Stationen eines Lebens“ beschäftigte sich das Stadtmuseum Simeonstift Trier mit dem bewegten Leben von Karl Marx, das 1818 in Trier seinen Anfang nahm und ihn über Brüssel und Paris nach London führte. Dort starb er 1883. Persönliche Zeitdokumente und Lebensschilderungen stellten das in der DDR vermittelte Bild einer Ikone doch etwas anders da. Er war ein Mensch mit persönlichen Schwä-

chen, besessen von seiner wissenschaftlichen Arbeit und seinen humanistischen Idealen. Auch die Unterstützung seiner Frau und seinen Töchtern und das Zusammenwirken mit Friedrich Engels wurde umfassend durch Zeitdokumente belegt.

Das Museum Karl Marx Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung stellte sich mit einer neuen Dauerausstellung „Von Trier in die Welt. Karl Marx, seine Ideen und ihre Wirkung bis heute“ der Öffentlichkeit vor. Hier lag der Schwerpunkt in der Darstellung der Auswirkungen von den Ideen von Marx. Da es auch das Geburtshaus von Karl Marx war, erfährt der Besucher im ersten Teil vieles aus seiner Biografie und aus dem Leben als Emigrant, staatenlos, mit der Familie an seiner Seite. Die unterschiedlichen Wohnorte in Europa bedeuteten immer wieder Neuanfang, auch mit finanziellen Schwierigkeiten und familiären Rückschlägen. Der größte Teil dieser Ausstellung beinhaltet die Wirkung der marxischen Ideen auf die deutsche und internationale Arbeiterbewegung.

Die „Vereinnahmung“ seines Werkes beispielsweise in der Sowjetunion und in der DDR werden thematisiert. Auch mich regte es zum Nachdenken an. Was hätten wir beim Aufbau des Sozialismus besser machen können, besser machen müssen?

Es ist schon erstaunlich, wie jetzt auch eine SPD-Politikerin, wie die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz Malu Dreyer feststellte, dass es unbestritten ist, Marx und Engels haben die Welt verändert.

Vor 30 Jahren wurde Karl Marx in Trier abgelehnt. Heute ist er in

Herzliche Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im Juli und August sowie im September 2018 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an Günther Runge zum 90. Geburtstag. Zum 87. Geburtstag gratulieren wir Hertha Behrendt, Gerhard Bogs und Gerhard Bellgardt.

Zum 85. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Hans-Jürgen Czerwinski und zum 84. übermitteln wir herzliche Glückwünsche an Henrika Luckmann und Anneliese Wendisch sowie an Siegfried Lange.

Zum 82. Geburtstag erhält Herbert Hilke die herzlichsten Glückwünsche, ebenso Elfriede Wienholz und Ilse Eritt.

Auf 81 Lebensjahre blickt Dieter Lienshöft zurück und zum 80. gratulieren wir Kurt Dombrowski, Günther Voß und Volker Bülow.

Alle guten Wünsche zum 70. Geburtstag gehen an Brigitte Saß.

Zum 65. Wiegenfest gratulieren wir Sigrid Sandmann sowie Joachim Wölm und Karl-Heinz Bethke herzlich.

Bernd Herrmann erhält herzliche Glückwünsche zum 60. Geburtstag und zum 50. Wiegenfest übermitteln wir die besten Wünsche an Thomas Konieczny.

Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteilarbeit.



Trier angekommen. Nicht nur als übergroße Statue, einem Geschenk der Volksrepublik China, vom chinesischen Bildhauer Wu Weishan. Die gegenständliche Figur zeigt Marx mit dem unverkennbaren Vollbart, mit einem Buch unter dem linken Arm gehend. Haar und Bart sind charakteristisch für den Philosophen und das Buch steht als Symbol dafür, dass sich die Menschheit weiterbildet. Dieses Denkmal war umstritten. Es entwickelt sich aber immer mehr zum Touristenmagnet und Fotomotiv. Die Ideen von Karl Marx sind es, die heute wieder sehr viele Menschen bewegen.

der WELLENBRECHER

Herausgegeben vom:
Kreisverband DIE LINKE
Lübsche Str. 70, 23966 Wismar

DIE LINKE.
NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:

Sonja Bahlk, Karl-Heinz Bethke, Uwe Boldt, Helga Brauer, Wolfgang Griese, Peter Vorbau u. Frank Wuttke

Kontakt:

Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 27.10.2018

